

Energie-Control  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
E-Mail: [tarife@e-control.at](mailto:tarife@e-control.at)

Auskunft:  
[Dr. Martin Salomon](#)  
T +43 5574 511 [20212](#)

Zahl: PrsG-652-4/BG-642

Bregenz, am [13.11.2017](#)

Betreff: 1. Verordnung, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden  
(Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)/Entwurf;  
2. Verordnung, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert  
wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2018, GSNE-VO  
2013 – Novelle 2018)/Entwurf; Stellungnahme  
Bezug: [Schreiben vom 30. Oktober 2017, VSt-1776/336](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den im Betreff genannten Verordnungsentwürfen wird Stellung genommen wie folgt:

**I. Verordnung, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden**  
**(Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)**

§ 5 Abs. 1 Z. 8 des Entwurfs regelt das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke, wobei als Arbeitsentgelt 0,233 Cent pro kWh vorgesehen ist.

Im Vergleich dazu sieht § 4 Abs. 1 Z. 8 der Verordnung, mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden (Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012, SNE-VO 2012), BGBl. II Nr. 440/2011 idF BGBl. II Nr. 426/2016 noch ein Arbeitsentgelt in der Höhe von lediglich 0,085 Cent pro kWh vor.

Das bedeutet, dass das Arbeitsentgelt durch den vorliegenden Entwurf fast verdreifacht werden soll, was entschieden abgelehnt wird. Dies aus folgenden Gründen:

Das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke wurde seitens des Landes Vorarlberg wiederholt abgelehnt (vgl. beispielsweise unsere Stellungnahmen vom 10.11.2009 zur SNT-VO

2010, vom 09.11.2010 zur SNT-VO 2010 - Novelle 2011 und vom 22.11.2011 zur SNE-VO 2012). Dies deshalb, da das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke zu schwerwiegenden Wettbewerbsverzerrungen zulasten der heimischen Kraftwerksbetreiber (im Vergleich zu Stromimporten, insbesondere von deutschen Erzeugern) und zu gesamtwirtschaftlich höheren Belastungen, vor allem auch für Endkunden, führt.

Diese grundsätzlichen Bedenken sind nach wie vor aufrecht. Darüber hinaus läuft die durch das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke verursachte Wettbewerbsverzerrung auch den österreichischen Umwelt- und Klimaschutzbemühungen zuwider, da die günstigeren Stromimporte – anders als der heimische Strom – aus weniger klimafreundlichen Anlagen stammen.

Abgesehen von diesen grundsätzlichen Bedenken gegen das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke erscheint die beabsichtigte immense Erhöhung sachlich nicht gerechtfertigt:

Aus den Erläuternden Bemerkungen zu § 5 Abs. 1 Z. 8 ergibt sich, dass das Arbeitsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke mit dem gleichen Wert festgelegt wird wie die Nettokomponente Arbeit der Netzebene 1 des österreichischen Netzbereichs (vgl. dazu § 5 Abs. 1 Z. 1 lit. a des Entwurfs). Dadurch sind zur Höhe des Arbeitsentgelts die Erläuternden Bemerkungen zur Entwicklung der Netzentgelte der Netzebene 1 heranzuziehen:

Aus diesen ergibt sich, dass es für das Jahr 2018 signifikante Veränderungen gibt, die auf einen deutlichen Anstieg der zu erwartenden Kosten zur Vermeidung von Engpässen zurückgehen, wobei es zu einer prozentuell stärkeren Belastung der höheren Netzebenen (und somit auch des Arbeitsentgelts für Pumpspeicherkraftwerke) kommen soll. Diese prozentuell stärkere Belastung der höheren Netzebenen wird damit begründet, dass die zu erwartenden Kosten zur Vermeidung von Engpässen nicht gleichmäßig auf allen Netzebenen anfallen. Diese Begründung für die überproportionale Erhöhung der Netzentgelte der höheren Ebene (sowie des Arbeitsentgelts für Pumpspeicherkraftwerke) kann nicht nachvollzogen werden, da alle Netzebenen gleichermaßen von der Vermeidung von Engpässen profitieren und daher auch die Kosten gleichmäßig aufgeteilt werden sollten.

Ebenso kann nicht nachvollzogen werden, dass trotz der Verknüpfung der Höhe des Arbeitsentgelts für Pumpspeicherkraftwerke mit der Höhe der Nettokomponente Arbeit der Netzebene 1 des österreichischen Netzbereichs das Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke im Gegensatz zum Netznutzungsentgelt der Netzebene 1 keine regionale Differenzierung kennt (Vorarlberg, Tirol und das restliche Österreich haben jeweils eigene Tarife). Warum es für sonstige Endverbraucher eine solche Differenzierung gibt, nicht jedoch für die Pumpspeicherkraftwerke, ist nicht nachvollziehbar und sachlich nicht begründbar.

Zusammengefasst ist festzuhalten, dass die beabsichtigte Erhöhung des Arbeitsentgelts für Pumpspeicherkraftwerke nicht nachvollziehbar ist und daher entschieden abgelehnt wird.

**II. Verordnung, mit der die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2018, GSNE-VO 2013 – Novelle 2018)**

Gegen diesen Verordnungsentwurf werden keine Einwendungen erhoben.


Freundliche Grüße

Für die Vorarlberger Landesregierung  
Die Landesrätin

Dr. Bernadette Mennel

Nachrichtlich an:

1. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst , Ballhausplatz 2, 1014 Wien, E-Mail: v@bka.gv.at
2. Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, E-Mail: vst@vst.gv.at
3. Institut für Föderalismus, z. Hd. Herrn Dr. Peter Bußjäger, Adamgasse 17 , 6020 Innsbruck, E-Mail: institut@foederalismus.at
4. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Landhaus, 7000 Eisenstadt, E-Mail: post.lad@bgld.gv.at
5. Amt der Kärntner Landesregierung, Arnulfplatz 1, 9021 Klagenfurt, E-Mail: post.abt2v@ktn.gv.at
6. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 3109 St. Pölten, E-Mail: post.landnoe@noel.gv.at
7. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Landhausplatz 1, 4021 Linz, E-Mail: verfd.post@ooe.gv.at
8. Amt der Salzburger Landesregierung, Postfach 527, 5010 Salzburg, E-Mail: landeslegistik@salzburg.gv.at
9. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Landhaus, 8011 Graz, E-Mail: post@stmk.gv.at
10. Amt der Tiroler Landesregierung, Wilhelm-Greil-Straße 25, 6020 Innsbruck, E-Mail: post@tirol.gv.at
11. Amt der Wiener Landesregierung, Rathaus, 1082 Wien, E-Mail: post@md-r.wien.gv.at
12. Abt. Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), Intern
13. Abt. Wirtschaftsrecht (VIb), Intern
14. Illwerke/VKW-Gruppe, Weidachstraße 6 , 6900 Bregenz, E-Mail: recht-compliance@illwerkekvk.at

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes.
	Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter <a href="https://pruefung.signatur.rtr.at/">https://pruefung.signatur.rtr.at/</a> verfügbar.
	Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: land@vorarlberg.at überprüft werden.